ESW
ENERGIE SYSTEM
WENDE

Kurzanalyse und Bewertung

ERNEUERBARES ENERGIESYSTEM

Bundestagswahl 2021: Taugen die Wahlprogramme zum Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem?

Version 1.0 – Stand Juni 2021

IMPRESSUM

Bundestagswahl 2021: Taugen die Wahlprogramme Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem? – Kurzanalyse und Bewertung

Erstellt durch:
RLS-Graduiertenkolleg
c/o Reiner Lemoine Institut gGmbH
Rudower Chaussee 12 | 12489 Berlin
Tel.: +49 30 1208 434 90
https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/kolleg

Layout und Grafiken: Daniela Rusch | DIE.PROJEKTOREN
Veröffentlicht im Juni 2021

Autor*innen: Avia Linke und Fabian Zuber mit Unterstützung des Teams am RLS-Graduiertenkollegs (Marlin Arnz, Anya Heider, Alexandra Krumm, Ricardo Reibsch)

Über das RLS-Graduiertenkolleg
Im Januar 2020 hat das RLS-Graduiertenkolleg seine Arbeit aufgenommen. Das Team forscht praxis- und anwendungsorientiert in enger Kooperation mit dem Reiner Lemoine Institut und den betreuenden Lehrstühlen an Fragestellungen der EnergieSystem-Wende. Es wird von einem Netzwerk mit Expert*innen aus Verbänden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen unterstützt. Ziel des Kollegs ist es, systemische Hemmnisse der Energiewende besser zu verstehen und zielgerichtete Lösungen zu entwickeln, um ein Energiesystem mit 100 % Erneuerbaren Energien zeitnah möglich zu machen.

Bitte zitieren als:
Reiner Lemoine Stiftung (2021): Bundestagswahl 2021: Taugen die Wahlprogramme Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem? – Kurzanalyse und Bewertung

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

INHALT

I.	**Das Erneuerbare Energiesystem**	**4**
	1. Bundestagswahl 2021 zum Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem machen	4
	2. Worauf es ankommt: Elf energiepolitische Weichenstellungen	6
	3. Methodisches Vorgehen: Bewertung der Wahlprogramme	10
II.	**Die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021**	**13**
	1. SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands	13
	2. AfD – Alternative für Deutschland	17
	3. FDP – Freie Demokratische Partei	18
	4. Die Linke	22
	5. Bündnis 90 / Die Grünen	25
III.	**Fazit: Was können wir von der nächsten Regierung erwarten?**	**29**

I. DAS ERNEUERBARE ENERGIESYSTEM

1. Bundestagswahl 2021 zum Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem machen

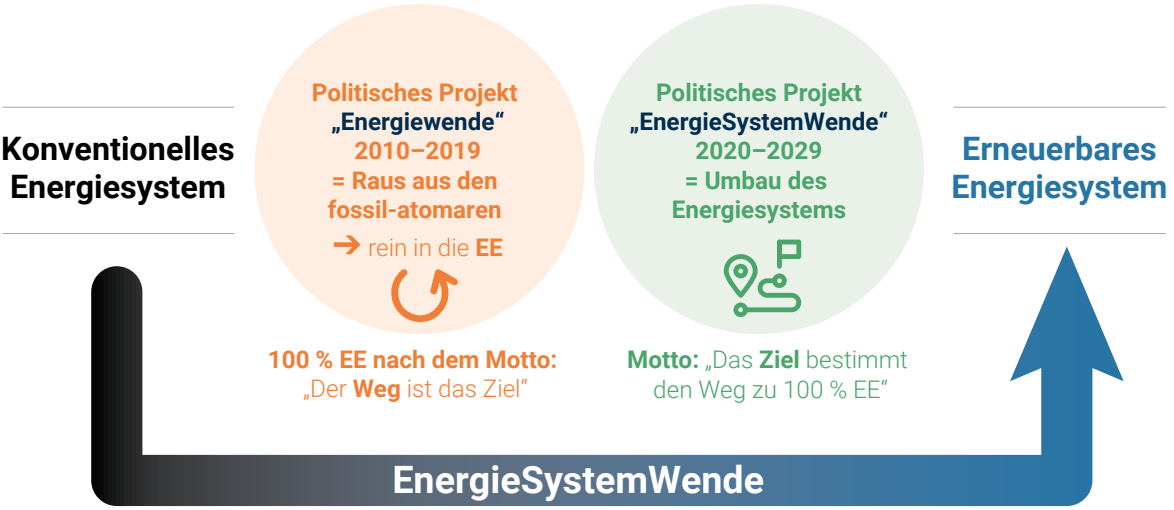
Wie kaum eine deutschlandweite Wahl zuvor, ist die **Bundestagswahl 2021 geprägt von der Klima- und Energiepolitik**. Die Klimaschutzziele stehen ebenso wie die Wahl der geeigneten Maßnahmen hierfür im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Das „ob" steht dabei weniger zur Diskussion – fast alle Parteien setzen sich für mehr oder weniger ambitionierte Ziele ein. Und auch der weitere Zubau Erneuerbarer Energien gilt als gewollt. Die Energiewende soll weitergehen.

Große Unterschiede gibt es aber beim „wie". Dabei kommt es auf die Strategien an, mit der sich die Ziele überhaupt erst erreichen lassen. Das Erneuerbare Energiesystem aufzubauen, gelingt nur über eine aktive **Transformation des Energiesystems**. Die Bedingung für die Erreichbarkeit der Klimaneutralität ist unabdingbar verknüpft mit der EnergieSystemWende. Ob mit der Bundestagswahl 2021 ein Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem erreicht werden kann, hängt also auch davon ab, wie sehr der Umbau des Energiesystems zum Programm der Parteien gehört.

Um zu verstehen, warum es nicht ausreicht, sich für Kilmaschutz oder die Energiewende auszusprechen, sondern warum es konkrete Maßnahmen braucht, zeigt ein Blick in die jüngste Vergangenheit. Der Atomausstieg sowie das Ende der Kohleverstromung wurden beschlossen. Gleichzeitig wurde der Ausbau von Wind- und Solarkraftwerken vorangebracht. Die Energiewende geriet zuletzt ins Stocken, da viele Fragen ungelöst sind. **Systemische Implikationen und Systemkonflikte treten dabei mehr und mehr in den Vordergrund**. Wie erreicht man Akzeptanz für neue Windräder? Wie können immer größere Strommengen auch jenseits der Netze flexibel gesteuert werden? Wie gelingt die Verknüpfung der Sektoren Mobilität, Wärme und Strom?

Zudem stellt sich zunehmend die Frage nach dem konkreten **Zielmodell, auf das wir im Zuge der Energiewende zusteuern – wir nennen es Erneuerbares Energiesystem**.[1] Es verändern sich eben nicht nur die Energieträger, sondern das System als Ganzes. Waren es früher wenige Großkraftwerke, werden es zukünftig viele Millionen dezentraler Erzeuger sein, die im Lebensumfeld der Menschen sichtbarer werden. Zudem werden auch der Verkehr und die Wärmeerzeugung zunehmend elektrifiziert und Speichertechnologien gewinnen an Bedeutung. All das stellt neue Anforderungen an die Gestaltung des Energiesystems.

1 Mehr über die Veränderungen im Energiesystem und die Anforderungen, die sich an die Energiepolitik aus dem Erneuerbaren Energiesystems ergeben, finden Sie hier: https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/pdf/RLS_Uebersichtsstudie_zur_EnergieSystemWende_2.pdf und https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/aktivitaeten/#new-deal



© RLS 2020

Abbildung: *Das Zielszenario ist das Erneuerbare Energiesystem. Das damit verbundene energiepolitische Transformationsprojekt erfordert eine EnergieSystemWende.*

Das **Erneuerbare Energiesystem** entsteht aber nicht von selbst. Es braucht politische Gestaltung. Grundlegend dafür ist anzuerkennen, dass der Energiemarkt nur entfesselt werden kann, wenn das Korsett des Konventionellen Energiesystems aufgebrochen und überwunden wird. Getragen von einer gesellschaftspolitischen Vision müssen die **Grundlogiken des Energiesystems von der Zukunft her gedacht** und grundlegend überarbeitet werden. Diese Systemtransformation braucht Zeit. Aber sie muss mutig und zügig angegangen werden.

Damit diese EnergieSystemWende gelingen kann, müssen die richtigen Weichen gestellt werden. Die **Bundestagwahl 2021** bietet hier eine **Chance für den Neustart** der Energiepolitik. Und dieser Neustart ist dringend nötig, denn die kommenden Jahre sind entscheidend für das Erreichen der ambitionierten Klimaziele in den folgenden ein bis zwei Dekaden. Die neue Bundesregierung muss daher den Umbau und die Dekarbonisierung des Energiesystems ins Zentrum der Energiepolitik stellen und die Transformationsprozesse ausgehend von einer klaren Zielvision her steuern. Insofern spielt eine wichtige Rolle, mit welchen Forderungen und Ideen, die Parteien ins Rennen um die Bundestagswahl gehen.

2. Worauf es ankommt: Elf energiepolitische Weichenstellungen

Damit die Gestaltung des Erneuerbaren Energiesystems gelingen kann, braucht es mehr als Ausbauziele. Es braucht Konzepte, Strategien und konkrete Maßnahmen. In einem Impulspapier haben wir, das Graduiertenkolleg der Reiner Lemoine Stiftung, die Themenkomplexe Flexibilität, Speichertechnologien, Soziale Teilhabe und Erneuerbare Mobilität analysiert und dazu Ende 2020 Ideen vorgelegt. Aus den Anforderungen, die sich in diesen Bereichen aus dem Zielmodell des Erneuerbaren Energiesystems ergeben, haben wir konkret **elf Weichenstellungen** herausgearbeitet, die im Wahljahr 2021 weit oben auf der politischen Agenda stehen müssen.

Die vorliegende Kurzanalyse gleicht Parteiprogramme für die Bundestagswahl mit diesen Weichenstellungen ab. Was ist enthalten, was fordern die Parteien und was wird nicht gefordert? Wie gut passen die Parteiprogramme dahingehend zum Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem?

Folgende Weichenstellungen werden bei der Kurzanalyse zur Grundlage gemacht:[2]

1. Vision Erneuerbares Energiesystem:
Ein neues energiepolitisches Projekt starten.

Die Botschaft der nächsten Bundesregierung muss lauten: Kommt, wir bauen das Erneuerbare Energiesystem. Sie muss diese Vision überzeugend vermitteln und unter eine klare Überschrift stellen, die den Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem als Mission benennt. Im Koalitionsvertrag für die neue Legislaturperiode gilt es dieses Projekt für den energiepolitischen Neustart festzuhalten und die nötigen Meilensteine dafür klar zu definieren.

2. Handlungsfähige Institutionen:
Wandel managen, Innovationsfähigkeit sicherstellen.

Die neue Bundesregierung muss die institutionellen Voraussetzungen schaffen, um die Transformation des Energiesystems effektiv managen zu können. Der Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem braucht eine progressive Kraft, ein effizientes Management und eine intensive Kommunikation in der kommenden Bundesregierung. Dies muss sich auch in der Architektur der Ministerien und der personellen Besetzung selbiger widerspiegeln. Auch eine Weiterentwicklung der zuständigen Bundesbehörden, die die neuen Herausforderungen adäquat reflektieren, ist zu prüfen. So könnte anstelle der historisch begründeten Fokussierung auf die Netzregulierung eine breiter angelegte Bundesagentur geschaffen werden, welche die Regulierung aller Aspekte der Energieversorgung verantwortet – von der Erzeugung über den Transport und die Speicherung bis hin zum Verbrauch.

2 Eine ausführliche Beschreibung der Weichenstellungen finden Sie hier: https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/images/impulspapier/RLS_Impulspapier_Weichenstellungen_Ern_Energiesystem_Nov_2020.pdf

3. Zeitgemäße Grundsätze:

Teilhabe und Akzeptanz im energiepolitischen Zielviereck verankern.

Die neue Bundesregierung muss sich in ihrem Koalitionsvertag zu einem energiepolitischen Zielviereck bekennen, das auf die Säulen der Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit sowie der Teilhabe und Akzeptanz aufbaut. Ferner muss dieser neue Grundsatz in einem 100-Tage-Gesetz auch formal durch eine entsprechende Anpassung des § 1 des EnWG verankert werden.

4. Prozessuale Teilhabe:

Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen.

Die neue Bundesregierung muss sich im Koalitionsvertrag zu neuen Mitwirkungsformen der Bevölkerung bei regulatorischen Entscheidungen bekennen und Formate der prozessualen Teilhabe stärken. Zum einen ist hierfür das Planungs- und Genehmigungsrecht von Energieprojekten im Sinne einer breiteren und frühzeitigeren Öffentlichkeitsbeteiligung zu erweitern. Zum anderen müssen konkrete Formate auf den Weg gebracht werden, um die Perspektive der Menschen auf den Umbau des Energiesystems systematisch in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Die Sicht der Bevölkerung und anderer relevanter Akteure auf die Fragestellungen der Energiepolitik kann beispielsweise über Bürger*innenversammlungen, Bürger*innenräte, Stakeholderdialoge oder die Stärkung von Interessensvertretungen verbessert werden.

5. Umdenken und Umlenken:

Die Verkehrswende zur Mobilitätswende machen.

Die neue Bundesregierung muss sich im Koalitionsvertrag zur Mobilitätswende bekennen und diese durch gezielte Maßnahmen und Instrumente einleiten. Diese beinhalten unter anderem die Abschaffung veralteter Subventionen und Förderungen, die Umstrukturierung des Steuersystems im Verkehrsbereich, neue Leitmotive in Stadt- und Regionalplanung sowie das Verbot von Kurzstreckenflügen. Ganzheitliche Energieeffizienz muss die oberste Prämisse der Verkehrspolitik werden.

6. Gewinnbringende Sektorenintegration:

Flexibilitätspotenziale verstärkt nutzen.

Die neue Bundesregierung muss sich im Koalitionsvertrag eindeutig zur Integration der Sektoren bekennen. Sie muss zudem den Dialog zwischen den Sektoren ausweiten, um die Integration rasch voranzubringen. Denkbar wäre hier etwa, einen begleitenden und interdisziplinär eingesetzten „Rat für Sektorenkopplung“ einzurichten. Im Rahmen von Forschungsvorhaben und Reallaboren des Bundes muss zudem kurzfristig ermittelt werden, wie und in welchem Umfang Flexibilitäten sektorenübergreifend genutzt werden können. Daraus sind Schlussfolgerungen zu ziehen und regulatorische Leitplanken zu setzen, die als Türöffner dienen können.

7. Flexibler Strommarkt:

(Dezentrale) Anreize zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot setzen.

Die neue Bundesregierung muss sich im Koalitionsvertrag klar zum Aufbau eines flexiblen Strommarkts bekennen. Dazu gehört auch die eindeutige Abkehr vom Kupferplatten-Ideal und die Anerkennung der Existenz von Engpässen im Stromsystem. Die damit einhergehenden Reformen des Marktdesigns sind tiefgreifend und müssen gleich zu Beginn der Legislaturperiode eingeleitet werden. Als Leitplanken dieser Reformen muss gelten, europäische und lokale Lösungen gleichermaßen zu berücksichtigen wie zeitliche und geographische Knappheiten. Zudem muss der Zugang zu neuen Flexibilitätsmärkten für neue, auch kleinere, Akteure und Aggregatoren sichergestellt werden. Preissignale sollen etwa auch die Vor-Ort-Versorgung und systemdienliches „Prosuming" ermöglichen. Nicht zuletzt führt der Einstieg in den flexiblen Strommarkt über eine umfassende Reform der Umlagen und Entgelte, deren Umsetzung eines der wichtigsten Projekte der kommenden Regierung wird.

8. Vierte Säule:

Verschiedene Speichertechnologien etablieren.

Die neue Bundesregierung muss im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis für die Rolle und Bedeutung von Speichern im Stromsystem festhalten und diese als vierte Säule des Energiesystems verankern. Über ein 100-Tage-Gesetz muss eine eindeutige rechtliche Definition von Speicherung und Speicheranlagen im EEG und EnWG eingeführt werden. Speicher müssen im gleichen Schritt von Umlagen und Abgaben befreit werden. Des Weiteren bedarf es einer Änderung des sogenannten „Ausschließlichkeitsprinzips", das besagt, dass eine Speicheranlage nur dann als EEG-Anlage gilt, wenn sie ausschließlich Strom aus Erneuerbaren Energien aufnimmt. Speicheranlagen müssen auch dann als EEG-Anlagen gelten, wenn sie Flexibilität und Netzdienstleistungen bereitstellen.

9. Mehr Bürger*innenenergie:

Neue Marktakteure stärken.

Die neue Bundesregierung muss sich im Koalitionsvertrag explizit dazu bekennen, die wirtschaftlichen Teilhabemöglichkeiten der Bürger*innen am Energiemarkt kontinuierlich auszuweiten und entsprechende Hürden, etwa durch Ausschreibungen, abzubauen. Ferner müssen die Regelungen der aktuellen europäischen Erneuerbare-Energien- Richtlinie (RED II) und der EU-Richtlinien zum EU-Elektrizitätsbinnenmarkt, die etwa den Einsatz von Speichern sowie die Rolle von Prosumern und Energiegemeinschaften regeln, in einem 100-Tage-Gesetz in deutsches Recht Die Verkehrswende ins Erneuerbare umgewandelt werden.

10. Klare Ausstiegsszenarien:

Ende fossiler Technologien in allen Sektoren einleiten.

Die neue Bundesregierung muss im Koalitionsvertag eine zeitliche Befristung für den Verkauf von fossilen Technologien wie dem Verbrennungsmotor festsetzen. Um den Übergang zu erleichtern, empfiehlt sich ein sektorenübergreifender CO_2-Preis von 50 €/t der bis auf 150 €/t im Jahr 2030 ansteigt. Fehlgeleitete Subventionen müssen schnellstmöglich abgeschafft werden. Um die dahingehenden Transformationsprozesse und den Strukturwandel zu begleiten, ist zudem ein offener Dialog mit den relevanten Gruppen und der Gesellschaft als Ganzes über die nötigen Ausgleichs- und Anpassungsmaßnahmen zu führen.

11. Ambitionierte Ausbauziele:

Erneuerbare Elektrifizierung zielgerichtet steuern.

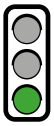
Die neue Bundesregierung muss den erforderlichen Bruttostrombedarf realistisch definieren sowie die jährlichen Ausbauziele für Erneuerbare Energien auf mindestens 20 GW jährlicher neuer Wind- und PV-Kapazitäten festlegen. Die angepassten Zahlen müssen über ein 100-Tage-Gesetz gesetzlich im EEG festschrieben und kontinuierlich unter wissenschaftlicher Begleitung angepasst werden.

3. Methodisches Vorgehen: Bewertung der Wahlprogramme

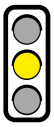
Im Bundestagswahljahr 2021 analysieren und bewerten wir die Wahlprogramme (bzw. deren Entwürfe) der im Parlament vertretenen Parteien. Im Fokus stehen dabei die Fragen: Vermittelt das Wahlprogramm eine klare und zielgerichtete Vision für einen Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem? Und an welchen Aspekten lässt sich das jeweils festmachen?

Die aktuell im Bundestag vertretenen Fraktionen sind CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, die Linke und die Grünen. Bis Ende Mai haben alle diese Parteien außer der CDU/CSU einen Entwurf des Wahlprogramms veröffentlicht oder diesen bereits finalisiert und durch einen Parteitag verabschiedet. Diese Entwürfe bzw. die verfügbaren, finalen Programme haben wir klima- und energiepolitisch unter die Lupe genommen. Dafür haben wir die in den Programmen beschriebenen Maßnahmen und Ziele unseren elf Weichenstellungen zugeordnet und anschließend geprüft, in wieweit diese den geforderten Handlungsempfehlungen der Weichenstellungen genügen. Mit einem einfachen Ampel-System wurden daraus die allgemeinen Bewertungen abgeleitet:

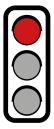
- **Grün = gute Ansätze und Maßnahmen in einer angemessenen Größenordnung für den Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem ➜** es ist zu vermuten, dass diese Partei, den entsprechenden Punkt in möglichen Koalitionsverhandlungen explizit einfordern wird.



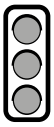
- **Gelb = nur teilweise genügende Ansätze und nicht genug ambitionierte Maßnahmen ➜** es ist zu vermuten, dass diese Partei zu einem bestimmten Themenfeld nicht selbst proaktiv für Maßnahmen werben würde, aber sie gibt sich anschlussfähig und würde sich vermutlich progressiveren Forderungen nicht entgegenstellen.



- **Rot = die vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen reichen nicht aus oder sie sind sogar konträr zu den Erfordernissen, die es für das Erneuerbare Energiesystem braucht ➜** es ist zu vermuten, dass diese Partei sich im betrachteten Themenfeld aktiv gegen die formulierte Weichenstellung einsetzen würde.



- **Grau = das Themenfeld findet keine Erwähnung ➜** es ist unklar, wie die Partei dazu steht, da das Wahlprogramm hierzu keine Aussagen macht.



Diese Bewertung nach den Ampelfarben wurde anschließend bezüglich jeder Weichenstellung konkretisiert. Die konkrete Bewertungsmatrix ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Ampelbewertungskriterien

Weichenstellung				
1. Vision Erneuerbares Energiesystem: Ein neues energiepolitisches Projekt starten.	Wahlprogramm beschreibt hinsichtlich der Energiewende maximal ein „Weiter so".	In einzelnen Bereichen werden Ideen für die Weiterentwicklung der Energiewende beschrieben, allerdings ohne ein visionäres Gesamtpaket zu präsentieren.	Das Programm lässt erkennen, dass ein neues energiepolitisches Projekt in Richtung Erneuerbares Energiesystem gestartet werden soll.	Es wird dazu keine wirkliche Aussage getroffen.
2. Handlungsfähige Institutionen: Wandel managen, Innovationsfähigkeit sicherstellen.	Eine Reform der energiepolitischen Institutionen ist nicht gewollt.	Der Bedarf handlungsfähiger Institutionen wird genannt, aber ohne konkrete Vorschläge zu machen.	Eine Transformation der Institutionen, die den Energiemarkt regulieren, wird als Ziel benannt und mit konkreten Maßnahmen verknüpft.	Es wird keine Aussage zu der Handlungsfähigkeit der Institutionen gemacht.
3. Zeitgemäße Grundsätze: Akzeptanz im energiepolitischen Zielviereck verankern.	Es werden einzeln Vorschläge gemacht, die explizit oder implizit Akzeptanz, soziale Teilhabe oder eine gerechte Klimapolitik erschweren.	Akzeptanz, soziale Teilhabe oder Gerechtigkeit werden in einzelnen Maßnahmen mitgedacht und angestrebt.	Akzeptanz, sozialer Teilhabe oder Gerechtigkeit wird entscheidende Priorität in der politischen Zielsetzung eingeräumt, was sich auch in einzelnen Maßnahmen widerspiegelt.	Über Akzeptanz und Teilhabe wird nichts geschrieben.
4. Prozessuale Teilhabe: Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen.	Eine Stärkung der aktive Bürger*innenbeteiligung wird abgelehnt.	Es wird allgemein von der Beteiligung der Bevölkerung in Entscheidungs- und Planungsprozessen geschrieben, aber konkrete Beteiligungsmöglichkeiten werden nicht oder nur vereinzelt dargestellt.	Prozessuale Teilhabe an Energieprojekten und/oder der Energiepolitik soll gestärkt werden und hierfür werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.	Prozessuale Teilhabe oder aktive Bürger*innenbeteiligung finden keine Erwähnung.
5. Umdenken und Umlenken: Die Verkehrswende zur Mobilitätswende machen.	Eine Mobilitätswende wird abgelehnt bzw. es werden Maßnahmen genannt, die dieser entgegenwirken würden.	Es wird eine Mobilitätswende gefordert, aber in der Umsetzung bleibt das Programm sehr unkonkret.	Ein umfassendes Gesamtkonzept zur Mobilitätswende wird vorgelegt, welches zahlreiche konkrete Maßnahmen auf der Mobilitätsangebots- und -nachfrageseite vorschlägt	Die Verkehrs- oder Mobilitätswende werden nicht erwähnt.
6. Gewinnbringende Sektorenintegration: Flexibilitätspotenziale verstärkt nutzen.	Es werden einzelne Maßnahmen genannt die einer Hebung der Flexibilitätspotenziale durch die Sektorenkoppelung entgegenstehen würden.	Die Sektorenkoppelung wird erwähnt aber die energiesystemische Verknüpfung der Flexibilitätspotenziale von Verkehr, Wärme und Strom wird nicht durch konkrete Maßnahmen gefordert.	Die Flexibilitätspotenziale durch die Sektorenkoppelung wird erkannt und deren Erschließung wird – unterfüttert durch konkrete Maßnahmen – gefordert.	Die Potenziale der Sektorenkopplung werden nicht erwähnt.
7. Flexibler Strommarkt: (Dezentrale) Anreize zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot setzen.	Der Umbau des Strommarkts in Hinblick auf die Erschließung neuer Flexibilitätsoptionen soll verhindert werden.	Ein neues Strommarktdesign wird angestrebt, dass stärker auf Flexibilitäten setzt, aber konkrete Maßnahmen werden nicht oder nur kursorisch vorgeschlagen.	Das Wahlprogramm fordert einen Umbau des Stromsystems und macht konkrete Vorschläge, wie ein flexibler Strommarkt gestaltet werden kann.	Die Gestaltung der Flexibilität im Strommarkt wird nicht thematisiert.

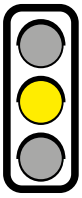
Weichenstellung				
	Ampelbewertungskriterien			
8. Vierte Säule: Speicher: Verschiedene Speichertechnologien etablieren.	Der Einsatz von verschiedenen Speichertechnologien wird abgelehnt.	Die Bedeutung des Speicherausbaus wird genannt, aber die vorgeschlagenen Lösungen sind zu unkonkret oder fokussieren nur einseitig auf einzelne Technologien.	Im Programm wird ein klares Bekenntnis für einen ambitionierten Ausbau verschiedenen Speichertechnologien gemacht und eine Vereinfachung von Regularien wird vorgeschlagen.	Speicher werden nicht thematisiert.
9. Mehr Bürger*innenenergie: Neue Marktakteure stärken.	Es werden einzelne Maßnahmen genannt, die den Marktzugang für neue Akteure wie Bürger*innenenergie erschweren würden.	Die Bedeutung der Akteursvielfalt und Bürger*innenenergie wird betont, aber es werden kaum konkreten Maßnahmen vorgeschlagen.	Das Programm sieht vor, neue Akteure und Bürger*innenenergie explizit zu stärken und es werden dahingehend zahlreiche Maßnahmen genannt.	Konzepte der Bürger*innenenergie werden nicht erwähnt.
10. Klare Ausstiegsszenarien: Ende fossiler Technologien in allen Sektoren einleiten.	Die genannten Ausstiegszenarien kommen zu spät (2050) oder das Ende fossiler Technologien soll verhindert werden.	Der Ausstieg aus fossilen Technologien wird gefordert, allerdings werden keine ambitionierten Ziele benannt.	Im Programm wird sektorübergreifend explizit ein Ende fossiler Technologien gefordert und hierfür konkrete Ziele und Maßnahmen benannt.	Es werden keinerlei Ausstiegsziele genannt.
11. Ambitionierte Ausbauziele: Erneuerbare Elektrifizierung zielgerichtet steuern.	Der Ausbau Erneuerbarer Energien soll nicht oder nur mit geringem Tempo erfolgen.	Das Programm fordert einen schnelleren Ausbau, bleibt aber wenig ambitioniert oder nur vage bei den Vorgaben.	Die geforderten Ausbauziele sind ambitioniert und es werden klare Maßnahmen und Zwischenziele für die erneuerbare Elektrifizierung benannt.	Es werden keine konkreten Ausbauziele benannt.

II. DIE WAHLPROGRAMME ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der vorliegenden Analyse haben die Parteien SPD, AfD und FDP ihr Programm bereits formell beschlossen und veröffentlicht. Die LINKE und die Grünen haben einen Entwurf vorgelegt und planen Beschlüsse durch die Parteitage im Juni. CDU/CSU haben noch keine Wahlprogramme oder –entwürfe vorgelegt. Die CDU plant ihr gemeinsames Wahlprogramm mit der CSU im Juni oder Juli zu veröffentlichen.

1. SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands

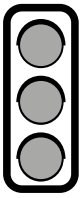
Das Wahlprogramm der SPD wurde am 9. Mai 2021 beschlossen. Es steht unter der Überschrift: *„Aus Respekt vor deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.“* Die Themen Energie und Klima nehmen insgesamt mäßige Bedeutung ein. Gerechnet auf dem Gesamtumfang des Programms kommen die entsprechenden Kapitel auf einen Anteil von rund sieben Prozent. Der Begriff „Klima“ wird insgesamt 67-mal genannt. „Energie“ wird 33-mal genannt.



1. Vision Erneuerbares Energiesystem:
Ein neues energiepolitisches Projekt starten.

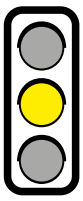
Die SPD spricht von einem „Jahrzehnt der Erneuerbaren Energien“ und malt das Zukunftsbild einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2045, die sich auch für Jobs und Export positiv auswirkt. Das geht in eine positive Richtung. Allerdings bleibt das Ziel viel zu vage und floskelhaft, um wirklich als neues energiepolitisches Projekt gelten zu können.

> ***„Spätestens 2045 werden wir klimaneutral wirtschaften.“***
> [SPD Wahlprogramm S. 4]



2. Handlungsfähige Institutionen:
Wandel managen, Innovationsfähigkeit sicherstellen.

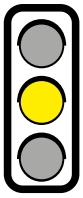
Das SPD-Programm geht auf diesen Aspekt nicht ein, sie sieht hier keinen erkennbaren Handlungsbedarf. Es wird aber auch nicht klar, ob die Partei einer Reform kritisch gegenüber stehen würde.



3. Zeitgemäße Grundsätze:

Teilhabe und Akzeptanz im energiepolitischen Zielviereck verankern.

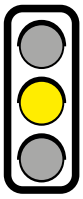
Zwar wird im Programm die Verantwortung des Staates für das Setzen der Rahmenbedingungen betont und auch, dass es „kluger Spielregeln" und eines „sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrags" bedürfe. Das energiepolitischen Zielviereck im konkreten wird nicht explizit behandelt und es wird nicht klar, dass Akzeptanz und sozialer Teilhabe zur entscheidenden Priorität in der Energiepolitik werden sollen. Wohl aber lassen die Aussagen sich so deuten, dass die Forderung anschlussfähig wäre.



4. Prozessuale Teilhabe:

Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen.

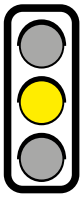
Die SPD sieht die Verantwortung bei der Gestaltung eines Zukunftspaktes „zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden". Prozessuale Teilhabe der Bürger*innen ist nicht direkt vorgesehen. Die Einbindung der Bürger*innen benennt sie hingegen auf Ebene der Energieprojekte als explizites Ziel.



5. Umdenken und Umlenken:

Die Verkehrswende zur Mobilitätswende machen.

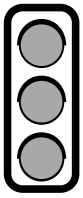
Das Anliegen eines stärkeren Ausbaus des öffentlichen Nahverkehres wird betont. „Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda" heißt es zudem. Die Mobilitätswende soll auf den Weg gebracht werden. Das Ziel ist benannt. Allerdings fehlt es an ausreichenden konkreten Maßnahmen.



6. Gewinnbringende Sektorenintegration:

Flexibilitätspotenziale verstärkt nutzen.

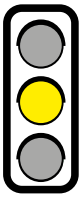
Die Bedeutung der Sektorenkopplung wird zwar benannt und auch eine Besserstellung der Wärmegewinnung aus erneuerbarem Strom soll gefördert werden. Allerdings wird eine ernsthafte Verzahnung der Sektoren und die Nutzung von Flexibilitätspotenzialen nicht in Betracht gezogen.



7. Flexibler Strommarkt:

(Dezentrale) Anreize zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot setzen.

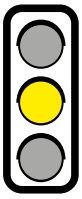
Ein flexibler Strommarkt ist aus unserer Sicht ein zentraler Bestandteil des Erneuerbaren Energiesystems. Im SPD-Programm findet dieser keine Erwähnung.



8. Vierte Säule:

Verschiedene Speichertechnologien etablieren.

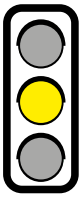
Speichertechnologien für den Strommarkt spielen im SPD-Programm keine explizite Rolle. Das Thema wird im Kontext der Mobilität betont. Man wolle Deutschland zum „Zentrum der Batteriezellenfertigung und des Recyclings gebrauchter Batterien" machen, heißt es etwa. Ein Fokus liegt im Speicherdiskurs hier zudem auf Wasserstoff, so soll Deutschland bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden.



9. Mehr Bürger*innenenergie:

Neue Marktakteure stärken.

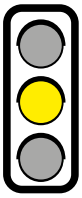
Im SPD-Programm wird zwar die Einbindung von Bürger*innenerwähnt, allerdings schwerpunktmäßig in gemeinschaftlichen Formaten wie Mieter*innenstrom, gemeinschaftlicher Eigenversorgung oder kommunaler Beteiligungsmodelle. Prosumer und proaktive, individuelle Bürgerenergie werden nicht explizit erwähnt.



10. Klare Ausstiegsszenarien:

Ende fossiler Technologien in allen Sektoren einleiten.

Für das Ende Kohleverstromung noch vor 2038 wird der schnelle Ausbau der Erneuerbaren zur Bedingung gemacht. Das Ende des Verbrennungsmotors oder von Ölheizungen wird nicht explizit genannt. Klare Ausstiegsszenarien fehlen hier.



11. Ambitionierte Ausbauziele:

Erneuerbare Elektrifizierung zielgerichtet steuern.

Die SPD erwartet einen steigenden Strombedarf bis 2030. Wie sie diesen (auch in Zwischenschritten) erreichen will, bleibt weitgehend unklar. So werden keine jährlichen Ausbauzahlen genannt. Das Ziel einer Umstellung auf Strom vollständig aus Erneuerbaren Energien bis 2040 ist durchaus ambitioniert.

„…werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom spätestens bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen."
[SPD Wahlprogramm S. 9]

Zwischenfazit

Die SPD hat mit ihrem Zukunftsprogramm in Hinblick auf den Klimaschutz und die Energiepolitik einen durchaus ambitionierten Anspruch definiert, mit dem sie in die Gestaltung einer neuen Bundesregierung gehen will. Allerdings bleibt sie verhältnismäßig vage in den Formulierungen. Es fehlt oft an konkreten Maßnahmen oder präzisen Vorschlägen, wie die Ziele erreicht werden sollen. Gemessen an der Annahme, dass es für eine erfolgreiche Energiepolitik in den kommenden Jahren einer starken, gestalterischen Kraft braucht, um die Transformation des Energiesystems voranzubringen, bleibt die SPD zu unkonkret. Es wird daher nicht erkennbar, ob sie sich bei einer Regierungsbildung proaktiv für Maßnahmen einsetzen würde. Gleichwohl lassen die Ziele im Wahlprogramm vermuten, dass sie zumindest anschlussfähig ist und sich progressiveren Forderungen nicht per se entgegenstellen würde.

SPD-WAHLPROGRAMM DIENT NUR BEDINGT ALS AUFBRUCH INS ERNEUERBARE ENERGIESYSTEM

ESW ENERGIE SYSTEM WENDE

Die nächste Bundesregierung muss den Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem gestalten, um die energie- und klimapolitischen Ziele erreichen zu können. Das Wahlprogramm der SPD verspricht hier für die kommende Legislaturperiode einige gute Ansätze, ist aber insgesamt wenig progressiv und noch immer stark in konventionellen Denkstrukturen verhaftet.

Die nötigen Weichenstellungen im Wahlprogramm der SPD

1. **Vision Erneuerbares Energiesystem:** Ein neues energiepolitisches Projekt starten
2. **Handlungsfähige Institutionen:** Wandel managen, Innovationsfähigkeit sicherstellen
3. **Zeitgemäße Grundsätze:** Akzeptanz im energiepolitischen Zielviereck verankern
4. **Prozessuale Teilhabe:** Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen
5. **Umdenken und Umlenken:** Die Verkehrswende zur Mobilitätswende machen
6. **Gewinnbringende Sektorenintegration:** Flexibilitätspotenziale verstärkt nutzen
7. **Flexibler Strommarkt:** (Dezentrale) Anreize zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot setzen
8. **Vierte Säule:** Verschiedene Speichertechnologien etablieren
9. **Mehr Bürger*innenenergie:** Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen
10. **Klare Ausstiegsszenarien** Ende fossiler Technologien in allen Sektoren einleiten
11. **Ambitionierte Ausbauziele:** Erneuerbare Elektrifizierung zielgerichtet steuern

Legende:

- = Nicht benannt
- = Andere Position
- = Teilweise erfüllt
- = Gute Ansätze

Quellen: https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/kolleg/#impulspapier und https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Parteispitze/20210321_Zukunftsprogramm_Leitantrag.pdf

© RLS 2021

2. AfD – Alternative für Deutschland

Das Wahlprogramm der AfD wurde am 20. Mai 2021 veröffentlicht. Es steht unter der Überschrift: ***„Deutschland. Aber normal."*** Im Vergleich zu den Programmen anderer Parteien nehmen die Themen Energie und Klima insgesamt eine sehr geringe Bedeutung ein. Gerechnet auf dem Gesamtumfang des Programms kommen die entsprechenden Kapitel auf einen Anteil von rund drei Prozent. Der Begriff „Klima" wird insgesamt 38-mal genannt. „Energie" wird 56-mal genannt.

Anders als die anderen betrachteten Parteien, negiert die AfD das Ziel der Klimaneutralität. Sie lehnt es dezidiert ab und spricht sich so auch gegen einen Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem aus. Folglich kann hier keine systematische Analyse der Aussagen hinsichtlich der elf vorgeschlagenen Weichenstellungen erfolgen, da bereits die Grundannahmen nicht geteilt werden.

Exemplarisch kann man diese Haltung im Wahlprogramm der AfD an vielen Punkten festmachen. So positioniert sie sich klar gegen ein System, das auf heimische Erneuerbare Energie setzt. Die Energiewende und dahingehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Umstrukturierungen lehnt sie ab. Vielmehr setzt die AfD auf fossile Lösungen. So sollen die Erdgasnetze ausgebaut und Gaskraftwerke zum Bereitstellen von Flexibilität genutzt werden. Die AfD fordert zudem „jegliche Form der CO_2-Besteuerung abzuschaffen" und spricht sich für den Stopp des Kohleausstiegs aus. Die Atomenergie soll wiederbelebt werden. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll hingegen ersatzlos gestrichen und der Ausbau von Wind- und Solarkraftwerken erschwert werden. Eine Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien lehnt die Partei ab.

Das Wahlprogramm der AfD steht der Energiewende und der EnergieSystemWende in nahezu allen wichtigen Punkten entgegen. Mehr noch, im Wahlprogramm der AfD wird deutlich: Der durch Menschen verstärkte Klimawandel wird verleugnet und somit auch die Notwendigkeit von Maßnahmen, die diesem entgegenwirken sollen.

Geleitet von der Idee, dass „Warmzeiten immer zu einer Blüte des Lebens und der Kulturen führen", fordert sie hingegen eine Anpassung an die veränderten Bedingungen, die sich durch die globale Erwärmung ergeben, und setzt sich zudem aktiv für die „Erschließung des Weltraums […] als möglicher neuer Lebensraum für den Menschen" ein. Dem Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem steht die AfD diametral entgegen.

AFD-WAHLPROGRAMM VERHINDERT EIN ERNEUERBARES ENERGIESYSTEM

ESW ENERGIE SYSTEM WENDE

Die nächste Bundesregierung muss den Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem gestalten, um die energie- und klimapolitischen Ziele erreichen zu können.
Das Wahlprogram der AfD enthält eine klare Vision, die ein Erneuerbares Energiesystem verhindern will. Mit einer Betitelung der „Politischen Ideologie der Klimahysterie" wird klar: Das 1,5°C Ziel lässt sich mit der AfD auf keinen Fall einhalten.

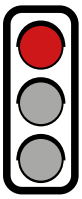
Quellen: https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/kolleg/#impulspapier und https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/05/2021-05-20-_-AfD-Bundestagswahlprogramm-2021.pdf

© RLS 2021

2. FDP – Freie Demokratische Partei

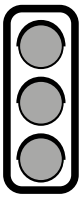
Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der vorliegenden Analyse haben die Parteien SPD, AfD und FDP ihr Programm bereits formell beschlossen und veröffentlicht. Die LINKE und die Grünen haben einen Entwurf vorgelegt und planen Beschlüsse durch die Parteitage im Juni. CDU/CSU haben noch keine Wahlprogramme oder –entwürfe vorgelegt. Die CDU plant ihr gemeinsames Wahlprogramm mit der CSU im Juni oder Juli zu veröffentlichen.

> ***„Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet. Dieses Ziel wollen wir durch ein striktes CO_2-Limit durch ein umfassendes Emissionshandelssystem erreichen."***
> [FDP – Wahlprogramm S. 49]



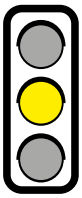
1. Vision Erneuerbares Energiesystem:
Ein neues energiepolitisches Projekt starten.

Die FDP positioniert sich für ein „ganzheitliches Energiesystem" und meint damit ein weltweit vernetztes europäisches Gesamtsystem der „Energieversorgung", das aber nur bedingt auf heimische Erneuerbare Energie setzt. Dies widerspricht der Vision des Erneuerbaren Energiesystem, zumal den Erneuerbaren viel Skepsis entgegenschlägt.



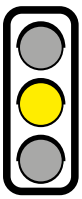
2. Handlungsfähige Institutionen:
Wandel managen, Innovationsfähigkeit sicherstellen.

Eine Reform der energiepolitischen Institutionen wird nicht thematisiert.



3. Zeitgemäße Grundsätze:
Teilhabe und Akzeptanz im energiepolitischen Zielviereck verankern.

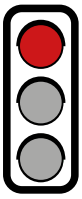
Unterm Strich überwiegen im FDP-Programm Argumente für ein kosteneffizientes und sicheres Energiesystem. Ein energiepolitisches Viereck wird nicht gefordert. Gleichwohl wird die Herausforderung der Akzeptanz explizit benannt: „Eine Energiewende hin zu weitgehender Stromversorgung aus Sonne und Wind ist nur dann machbar, wenn sie auch für die unmittelbar Betroffenen mehrheitlich akzeptabel ist."



4. Prozessuale Teilhabe:

Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen.

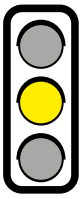
Eine verstärkte energiepolitische Teilhabe fordert die FDP nicht. Sie möchte aber „die Akzeptanz der Energiewende vor Ort durch frühzeitige Bürgerbeteiligung, einen klugen Ausgleich mit Anwohnern und transparente rechtsstaatliche Verfahren stärken."



5. Umdenken und Umlenken:

Die Verkehrswende zur Mobilitätswende machen.

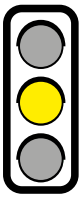
Die FDP setzt auf eine „zukunftsweisende Verkehrspolitik ohne ideologische Scheuklappen", lehnt aber Verbote im Bereich des Individualverkehrs ab, sieht diesen trotzdem weiterhin im Fokus ihrer Politik.



6. Gewinnbringende Sektorenintegration:

Flexibilitätspotenziale verstärkt nutzen.

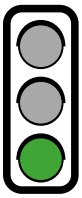
Aspekte der Sektorenkopplung werden im FPD-Programm erwähnt: „es geht nicht nur um Strom, sondern auch um Wärme und Kälte für Gebäude, Industrieprozesse sowie Kraftstoffe für den Verkehr". Flexible Erzeugungs- und Speichertechnologien werden als Lösung benannt. Allerdings fehlen Vorschläge für konkrete Maßnahmen. .



7. Flexibler Strommarkt:

(Dezentrale) Anreize zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot setzen.

Beim flexiblen Strommarkt setzt die FDP auf Speicher und die Digitalisierung: „Smarte Anwendungen können dazu beitragen, den Wandel von einer zentralen zu einer dezentralen Energieversorgung weiter voranzutreiben." So könnte auch die Flexibilisierung des Verbrauchs und der Tarife gelingen. Dass dafür aber auch ein neues Energiemarktdesign nötig ist, greift die FDP nicht auf.

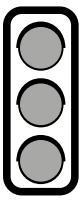


8. Vierte Säule:

Verschiedene Speichertechnologien etablieren.

Das FDP-Programm beschreibt Speichertechnologien „als Schlüssel für klimaneutrale Energiewirtschaft". Sogar die Verortung der Speicher als „eigenständige Säule des Energiesystems" wird explizit genannt. Allergings setzt sie einen zu starken Fokus auf den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und wirbt offensiv für Importstrategien von Wasserstoff.

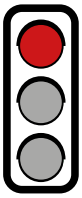
„Wir wollen Speicher daher als eigenständige Säule des Energiesystems […] rechtlich definieren und für einen wirtschaftlichen Betrieb von Abgaben und Umlagen befreien."
[FDP – Wahlprogramm S. 50]



9. Mehr Bürger*innenenergie:

Neue Marktakteure stärken.

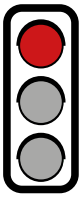
Die Bedeutung der Bürgerenergie findet keine explizite Erwähnung.



10. Klare Ausstiegsszenarien:

Ende fossiler Technologien in allen Sektoren einleiten.

Die FDP spricht sich – anhand der Mobilitätsfrage – dezidiert gegen ordnungspolitisch verordnete Ausstiegsszenarien aus und setzt auf marktliche Wege, wie den CO_2-Preis.



11. Ambitionierte Ausbauziele:

Erneuerbare Elektrifizierung zielgerichtet steuern.

Im FDP-Programm finden sich keine expliziten Ausbauzahlen für Erneuerbare Energie. Man setzt auf einen „steigenden CO_2-Preis", der fossile Energie weiter unattraktiv machen und dazu führen soll, „dass der Zubau erneuerbarer Energien stärker nachfragegetrieben erfolgt."

Zwischenfazit

Das Wahlprogramm der FDP steht der Energiewende und der EnergieSystemWende in wichtigen Punkten entgegen. Zwar erkennt die Partei wesentliche Elemente der Energiemarkttransformation an und will sich auch dafür einsetzen. Mehr als andere Parteien schlägt sie etwa den vermehrten Einsatz von Speichertechnologien vor. Aber bei zahlreichen Weichenstellungen, die einen konsequenten und ambitionierten Umbau des Energiesystems ermöglichen würden, hat die FDP konträre Vorstellungen oder setzt nur auf unzureichende Maßnahmen. Bei einer möglichen Regierungsbeteiligung ist daher zu erwarten, dass die FDP sich eher gegen einen Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem einsetzen würde.

FDP-WAHLPROGRAMM BREMST MÖGLICHKEITEN FÜR EINEN AUFBRUCH INS ERNEUERBARE ENERGIESYSTEM

ESW ENERGIE SYSTEM WENDE

Die nächste Bundesregierung muss den Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem gestalten, um die energie- und klimapolitischen Ziele erreichen zu können.
Es fehlen eine klare Vision für das Erneuerbare Energiesystem, sowie konkrete Ausstiegsszenarien und Ausbauziele. Progressive Forderungen finden sich bei Speichertechnologien, aber gegenüber Erneuerbaren dominiert Skepsis und es wird zu einseitig auf „marktliche" Anreize gesetzt.

Die nötigen Weichenstellungen im Wahlprogramm der FDP

1. **Vision Erneuerbares Energiesystem:** Ein neues energiepolitisches Projekt starten
2. **Handlungsfähige Institutionen:** Wandel managen, Innovationsfähigkeit sicherstellen
3. **Zeitgemäße Grundsätze:** Akzeptanz im energiepolitischen Zielviereck verankern
4. **Prozessuale Teilhabe:** Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen
5. **Umdenken und Umlenken:** Die Verkehrswende zur Mobilitätswende machen
6. **Gewinnbringende Sektorenintegration:** Flexibilitätspotenziale verstärkt nutzen
7. **Flexibler Strommarkt:** (Dezentrale) Anreize zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot setzen
8. **Vierte Säule:** Verschiedene Speichertechnologien etablieren
9. **Mehr Bürger*innenenergie:** Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen
10. **Klare Ausstiegsszenarien** Ende fossiler Technologien in allen Sektoren einleiten
11. **Ambitionierte Ausbauziele:** Erneuerbare Elektrifizierung zielgerichtet steuern

Legende:

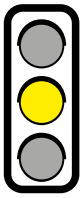
- = Nicht benannt
- = Andere Position
- = Teilweise erfüllt
- = Gute Ansätze

Quellen: https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/kolleg/#impulspapier und
https://www.fdp.de/sites/default/files/import/2021-04/110463-programmentwurf-nie-gab-es-mehr-zu-tun-2.pdf

© RLS 2021

3. Die Linke

Das Wahlprogramm der Linken soll am 20. Juni 2021 beschlossen werden. Der Entwurf liegt seit dem 8. Februar 2021 vor. Er steht unter der Überschrift: *„Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!"* Im Vergleich zu den Programmen anderer Parteien nehmen die Themen Energie und Klima insgesamt eine große Bedeutung ein. Gerechnet auf dem Gesamtumfang des Programms kommen die entsprechenden Kapitel auf einen Anteil von rund 14 Prozent. Der Begriff „Klima" wird insgesamt 157-mal genannt. „Energie" wird 95-mal genannt.

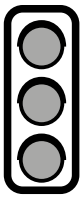


1. Vision Erneuerbares Energiesystem:

Ein neues energiepolitisches Projekt starten.

Das Programm der Linken kann durchaus als visionär bezeichnet werden, gerade auch was die Aspekte Energie, Klima und Mobilität betrifft. Zwar weisen einzelne Punkte in Richtung eines Neuanfangs der Energiepolitik, allerdings wird dabei das Erneuerbare Energiesystem als Ziel nicht explizit genannt.

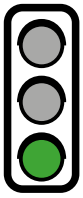
„Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG und den Ökostromanteil auf 80 Prozent bis zum Jahr 2030 und auf 100 Prozent."
[Die Linke – Wahlprogrammentwurf S. 67]



2. Handlungsfähige Institutionen:

Wandel managen, Innovationsfähigkeit sicherstellen.

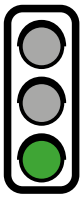
Eine Forderung nach einer Reform der energiemarktlich relevanten Institutionen ist im Programm der Linken nicht enthalten.



3. Zeitgemäße Grundsätze:

Teilhabe und Akzeptanz im energiepolitischen Zielviereck verankern.

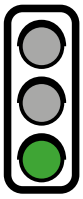
„Ohne soziale Gerechtigkeit kann keine große Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft gelingen." Ansichten und Forderungen wie diese prägen das Programm der Linken auch in Bezug auf die Energiepolitik. Das wird zwar nicht konkret auf ein energiepolitisches Zielviereck bezogen, mutet aber anschlussfähig an.



4. Prozessuale Teilhabe:

Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen.

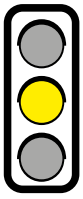
Die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen und offene Diskussionen bei der politischen Gestaltung – das sind Forderungen der Linken. Sie fordert gar die Einrichtung von „Transformationsräten" sowie die direkte demokratische Mitgestaltung an kommunalen Stadtwerken.



5. Umdenken und Umlenken:

Die Verkehrswende zur Mobilitätswende machen.

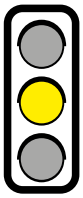
Die Linke will mehr also eine Verkehrswende. Sie fordert gar eine Mobilitätsrevolution. Dabei macht sie umfassende Vorschläge, wie Anreize neu gesetzt werden können und geht damit weit über neue Antriebe und Kraftstofflösungen hinaus.



6. Gewinnbringende Sektorenintegration:

Flexibilitätspotenziale verstärkt nutzen.

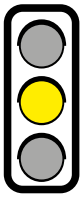
Die Weichenstellung, Flexibilitätspotenziale verstärkt zu nutzen, findet sich nicht im Programm der Linken – wenn überhaupt eher zwischen den Zeilen. Hier ist Luft nach oben. Sektorenintegration wird sowohl im Verkehrssektor als auch durch BHKWs im Wohnbereich gefordert.



7. Flexibler Strommarkt:

(Dezentrale) Anreize zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot setzen.

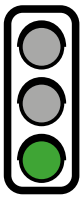
Dezentrale Versorgungskonzepte werden von der Linken gefordert. So sollen „die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Hauseigentümer, Mietervereinigungen, Betriebe und Kommunen verbessert (werden), die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen“. Allerdings fehlen Ideen für einen flexiblen Strommarkt.



8. Vierte Säule:

Verschiedene Speichertechnologien etablieren.

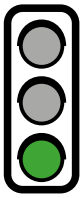
Die wichtige Rolle der Speicher wird anerkannt, so brauche es für eine dezentralisierte Energieversorgung Speichersysteme und auch den Einsatz von Wasserstoff. Gleichwohl sind Speicher eher ein Randthema.



9. Mehr Bürger*innenenergie:

Neue Marktakteure stärken.

„Die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversorgung muss ein Ende haben“, und Bürgerenergieprojekte sollen rentabler werden – so fordert es die Linke. Neue Marktakteure zu stärken ist ein klar formuliertes Ziel im vorgelegten Programm und dies wird mit konkreten Vorschlägen flankiert.

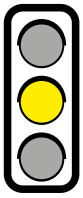


10. Klare Ausstiegsszenarien:

Ende fossiler Technologien in allen Sektoren einleiten.

Für das Jahr 2030 soll der Kohleausstieg perfekt sein und keine Verbrenner-PKWs mehr zugelassen werden. Klare Ausstiegsszenarien sind bei der Linken Programm.

„Um das Klima zu retten, müssen Erneuerbare Energien bis 2035 das System der fossilen Energien ersetzen.“
[Die Linke – Wahlprogrammentwurf S. 56]



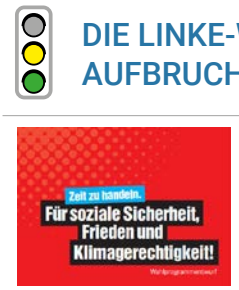
11. Ambitionierte Ausbauziele:

Erneuerbare Elektrifizierung zielgerichtet steuern.

Im Programm der Linken finden sich keine jährlichen Ausbauziele. Aber mit der Forderung, dass Erneuerbare Energien bis 2035 das System der fossilen Energien ersetzen sollen, wird eine Zielmarke gelegt, mit der die Erneuerbare Elektrifizierung konkret wird.

Zwischenfazit

Der Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN enthält zahlreiche gute Ansätze, um den Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem zu gestalten. Das betrifft insbesondere Aspekte der Beteiligung aber auch das Ambitionsniveau beim Umbau des Energiesystems. Konträre Sichtweisen zu den zugrunde gelegten Weichenstellungen liegen nicht vor. Allerdings bleibt das Wahlprogramm an wesentlichen Punkten unkonkret. Das betrifft einerseits die Vorstellungen zur Zielvision, aber auch die Transformation im Bereich der Flexibilisierung des Energiemarktes.



DIE LINKE-WAHLPROGRAMM BIETET EINEN ERSTEN AUFBRUCH INS ERNEUERBARE ENERGIESYSTEM

ESW ENERGIE SYSTEM WENDE

Die nächste Bundesregierung muss den Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem gestalten, um die energie- und klimapolitischen Ziele erreichen zu können. Das Wahlprogramm der LINKEN ist unklar bezüglich einer Vision für das Erneuerbare Energiesystem. Allerdings weißt es starke Ziele in Teilhabe, Akzeptanz und Verkehr auf.

Die nötigen Weichenstellungen im Wahlprogramm der LINKEN

1. **Vision Erneuerbares Energiesystem:** Ein neues energiepolitisches Projekt starten
2. **Handlungsfähige Institutionen:** Wandel managen, Innovationsfähigkeit sicherstellen
3. **Zeitgemäße Grundsätze:** Akzeptanz im energiepolitischen Zielviereck verankern
4. **Prozessuale Teilhabe:** Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen
5. **Umdenken und Umlenken:** Die Verkehrswende zur Mobilitätswende machen
6. **Gewinnbringende Sektorenintegration:** Flexibilitätspotenziale verstärkt nutzen
7. **Flexibler Strommarkt:** (Dezentrale) Anreize zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot setzen
8. **Vierte Säule:** Verschiedene Speichertechnologien etablieren
9. **Mehr Bürger*innenenergie:** Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen
10. **Klare Ausstiegsszenarien** Ende fossiler Technologien in allen Sektoren einleiten
11. **Ambitionierte Ausbauziele:** Erneuerbare Elektrifizierung zielgerichtet steuern

Legende:

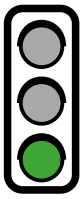
- = Nicht benannt
- = Andere Position
- = Teilweise erfüllt
- = Gute Ansätze

Quellen: https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/kolleg/#impulspapier und https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/BTWP21_Entwurf_Vorsitzende.pdf

© RLS 2021

4. Bündnis 90 / Die Grünen

Das Wahlprogramm der Grünen soll am 13. Juni 2021 beschlossen werden. Der Entwurf liegt seit dem 22. März 2021 vor. Er steht unter der Überschrift: *„Deutschland. Alles drin."* Im Vergleich zu den Programmen anderer Parteien nehmen die Themen Energie und Klima insgesamt eine große Bedeutung ein. Gerechnet auf dem Gesamtumfang des Programms kommen die entsprechenden Kapitel auf einen Anteil von rund 15 Prozent. Der Begriff „Klima" wird insgesamt 184-mal genannt. „Energie" wird 65-mal genannt

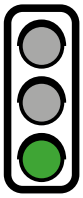


1. Vision Erneuerbares Energiesystem:

Ein neues energiepolitisches Projekt starten.

„Statt auf Kohle, Öl und fossilem Gas wird das Energiesystem auf Sonnen- und Windenergie basieren." Dies kann man durchaus als Vision für ein Erneuerbares Energiesystem interpretieren. Grundsätzlich nimmt die Energiepolitik eine sehr prominente Rolle im Programm der Grünen ein – mit vielen konkreten Vorschlägen.

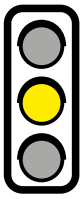
„Wir stellen in einer künftigen Regierung das Pariser Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus. Wir lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-Pfad führen."
[Grüne – Wahlprogrammentwurf S. 7]



2. Handlungsfähige Institutionen:

Wandel managen, Innovationsfähigkeit sicherstellen.

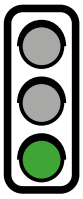
Das Grüne Programm nimmt sich mehr als andere Parteien dies tun, der Rolle der Institutionen explizit an. Klimaschutz soll in allen Ministerien zum Leitthema werden. Und Reformen werden angekündigt: „Wir planen den Aufbau neuer Behörden und Verwaltungsstrukturen, weil wir einen starken und effizienten Staat wollen, der zu den Aufgaben passt. Dazu gehört dann auch, dass wir überprüfen, was es nicht mehr braucht, was zugemacht werden kann, was besser werden muss."



3. Zeitgemäße Grundsätze:

Teilhabe und Akzeptanz im energiepolitischen Zielviereck verankern.

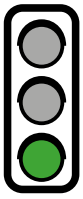
Die Forderung nach einem energiepolitischen Ziel-Viereck fehlt bei den Grünen. Gleichwohl spielen die Aspekte von Teilhabe und Akzeptanz hier eine große Rolle.



4. Prozessuale Teilhabe:

Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen.

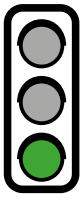
„Neue Formen der Beteiligung, etwa über Bürger*innenräte, die frühe Einbeziehung von Bürger*innen bei Planungsprozessen, die transparente Einbeziehung der demokratischen Zivilgesellschaft"… all das gehört zu den expliziten Zielvorstellungen der Grünen. Prozessuale Teilhabe hat bei den Grünen einen hohen Stellenwert.



5. Umdenken und Umlenken:

Die Verkehrswende zur Mobilitätswende machen.

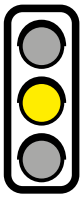
Eine nachhaltige Mobilitätswende, das fordern auch die Grünen. Dafür finden sich im Programm viele konkrete Ansätze, die ein Umdenken und Umlenken bezwecken sollen.



6. Gewinnbringende Sektorenintegration:

Flexibilitätspotenziale verstärkt nutzen.

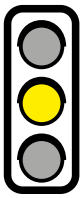
Weg von der „Einzelbefeuerung" und hin zu „verknüpften", „verbundenen Energiesystemen", so stellen sich die Grünen die auch die Forcierung der Flexibilitätspotenziale vor und setzen dabei explizit auf die Sektorenintegration. „Digitale und datengetriebene Innovationen" sollen dabei helfen, um „flexibel reagieren zu können".



7. Flexibler Strommarkt:

(Dezentrale) Anreize zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot setzen.

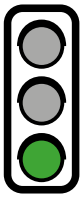
„Nutzen statt abschalten" – das fordern die Grünen und schlagen „verbundene Energiesysteme" vor allem in städtischen Gebieten vor. „Die eigene Strom- und Wärmeenergie wird dezentral und vor Ort erzeugt und genutzt" – auch das gehört zum grünen Selbstverständnis. Es gibt also sehr gute Ansätze für einen flexibleren Strommarkt, allerdings bleibt das Programm an dieser Stelle weitgehend vage.



8. Vierte Säule:

Verschiedene Speichertechnologien etablieren.

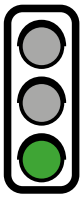
Speicher als Vierte Säule, so steht es nicht im Programm der Grünen. Aber es wird dennoch klar: Der Markt für Speicher soll attraktiver werden. Es soll z.B. ein Energiemarktdesign geschaffen werden, das Speicher nicht doppelt mit Gebühren belastet. Zudem wird auch die E-Mobilität mit PV-Speicher-Systemen in den Zusammenhang gebracht.



9. Mehr Bürger*innenenergie:

Neue Marktakteure stärken.

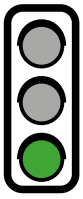
Die Grünen wollen „Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern" und sprechen sich für 1 Million neue Solardächer bis zum Ende der Legislaturperiode aus. Die Stärkung neuer Marktakteure gehört somit zu den Forderungen im Programm.



10. Klare Ausstiegsszenarien:

Ende fossiler Technologien in allen Sektoren einleiten.

Wie auch die Linken wollen die Grünen, dass ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, und sie setzen sich dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden. Das Ende der Ölheizungen wird nicht explizit genannt, aber sie werden eindeutig als Auslauftechnologie klassifiziert.



11. Ambitionierte Ausbauziele:

Erneuerbare Elektrifizierung zielgerichtet steuern.

Die Grünen sind die einzige Partei, die konkrete Ausbauzahlen für Wind- und Solarkraftwerke nennen: „Unser Ziel ist ein jährlicher Zubau von 5 bis 6 GW Wind an Land, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035 erreichen“. Bei der PV wird eine Verdopplung angestrebt, was einem Zubau von rund 10-12 GW ggü. 2020-2021 entspräche.

> ***„Unser Ziel ist ein jährlicher Zubau von 5 bis 6 GW Wind an Land, [… und] eine Verdoppelung der derzeitigen Photovoltaik-Zubaurate.“***
> [Grüne – Wahlprogrammentwurf S. 13f]

Zwischenfazit

Der Entwurf des Wahlprogramms der Grünen legt einen Fokus auf Energie- und Klimathemen. Es wird deutlich, dass die Partei in diesen Bereichen eine gestalterische Kraft entfalten möchte und sich für einen Neuanfang der Energiepolitik einsetzt. Dafür werden wesentliche Ziele und Maßnahmen vorgeschlagen, die einen Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem möglich machen würden. Unpräzise bleibt das Wahlprogramm hingegen in Hinblick auf die Gestaltung der Flexibilitätsmärkte der Zukunft. Unterm Strich ist auf Basis des Programmentwurfs aber zu erwarten, dass die Grünen sich bei einer Regierungsbeteiligung für relevante Aspekte der EnergieSystemWende stark machen würden.

GRÜNE-WAHLPROGRAMM BIETET EINEN ERSTEN AUFBRUCH INS ERNEUERBARE ENERGIESYSTEM

ESW ENERGIE SYSTEM WENDE

Die nächste Bundesregierung muss den Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem gestalten, um die energie- und klimapolitischen Ziele erreichen zu können. Das Wahlprogramm der Grünen hat eine klare Vision für ein Erneuerbares Energiesystem und greift viele wichtige energiepolitische Punkte auf und liefert gute Ansätze, die allerdings noch ausgebaut werden sollten.

Die nötigen Weichenstellungen im Wahlprogramm der Grünen

1. **Vision Erneuerbares Energiesystem:** Ein neues energiepolitisches Projekt starten
2. **Handlungsfähige Institutionen:** Wandel managen, Innovationsfähigkeit sicherstellen
3. **Zeitgemäße Grundsätze:** Akzeptanz im energiepolitischen Zielviereck verankern
4. **Prozessuale Teilhabe:** Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen
5. **Umdenken und Umlenken:** Die Verkehrswende zur Mobilitätswende machen
6. **Gewinnbringende Sektorenintegration:** Flexibilitätspotenziale verstärkt nutzen
7. **Flexibler Strommarkt:** (Dezentrale) Anreize zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot setzen
8. **Vierte Säule:** Verschiedene Speichertechnologien etablieren
9. **Mehr Bürger*innenenergie:** Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen
10. **Klare Ausstiegsszenarien** Ende fossiler Technologien in allen Sektoren einleiten
11. **Ambitionierte Ausbauziele:** Erneuerbare Elektrifizierung zielgerichtet steuern

Legende:

- = Nicht benannt
- = Andere Position
- = Teilweise erfüllt
- = Gute Ansätze

Quellen: https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/kolleg/#impulspapier und https://cms.gruene.de/uploads/documents/2021_Wahlprogrammentwurf.pdf

© RLS 2021

III. FAZIT: WAS KÖNNEN WIR VON DER NÄCHSTEN REGIERUNG ERWARTEN?

Im Sommer 2021 geht der **Wahlkampf für die Bundestagswahl** in die heiße Phase. Die Gestaltung der Energiepolitik der kommenden Bundesregierung wird dabei in erheblichem Maße davon geprägt sein, welche Parteien in welcher Konstellation miteinander regieren werden. Und damit auch: Welche inhaltlich-konzeptionellen Positionen sich dabei durchsetzen.

Derzeit erleben wir, dass viele politischen Parteien und politische Institutionen sich für eine **signifikante Verschärfung der Klimaschutzziele** und für einen schnelleren Umbau des Energiesystems einsetzen. Der internationale Druck, neue EU-Vorgaben und eine veränderte Rechtsauffassung, die Generationengerechtigkeit zum Standard macht, sind dabei die wesentlichen Treiber. Klar ist aber auch, dass mit ambitionierten Zielen allein noch wenig erreicht ist. Vielmehr geht es um Maßnahmen, die auch tatsächlich zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen führen können.

Damit dies gelingen kann, braucht es eine **umfassende Transformation des Energiesystems**. Die Dezentralisierung und Sektorenkopplung sind dafür nur zwei neue Wesensmerkmale des Erneuerbaren Energiesystems, auf die es von nun an ankommt. Insofern halten wir es für entscheidend, dass die politischen Akteure auch Konzepte vorlegen, die die Wende im Energiesystem konstruktiv und zielorientiert beschreiben und in der Umsetzung konkret werden.

Bis Anfang Juni liegen noch nicht alle **Wahlprogramme der wichtigsten zur Bundestagswahl antretenden Parteien** vor. Ein Blick in die (Entwürfe der) vorliegenden Wahlprogramme zeigt dabei, dass viele Facetten der Energiesystemtransformation in den Wahlprogrammen aufgegriffen werden. Allerdings ist der Aufbruch in ein Erneuerbares Energiesystem alles andere als ein Selbstläufer. Es gibt bei einigen Parteien viele gute Ansätze. Andere verteidigen den Status Quo oder schlagen lediglich kleine Anpassungen vor, lassen aber den großen Wurf vermissen. Vor allem bei den Grünen und der Linken wird deutlich, dass ambitionierte energiepolitische Ziele der Wesenskern der Wahlprogramme sind. Das spiegelt sich sowohl im Umfang der Befassung mit diesen Themen als auch in den konkreten Vorhaben wider. Auch die SPD gibt sich in vielen Punkten anschlussfähig. Lediglich bei der FDP überwiegt eine skeptische Grundhaltung. Komplett konträr positioniert sich hingegen die AfD: Sie ist strikt gegen einen Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem.

Hinsichtlich der vorgegebenen **elf Weichenstellungen**, die der Analyse zugrunde gelegt wurden, wird deutlich, dass die meisten Parteien anerkennen, dass ambitionierte Ziele und eine bessere Beteiligung der Menschen an der Energiepolitik und der Umsetzung der Energiewende vonnöten sind. Wenig konzeptionelle Vorschläge liefern die Parteien hingegen hinsichtlich der Gestaltung von Flexibilitätsmärkten und Nutzung der nötigen Flexibilitätspotentiale. Die Überwindung der Strukturen des Konventionellen Energiesystems und die Eröffnung neuer Ansätze, die den dezentralen und volatilen Technologien den Weg in eine erneuerbare Energieversorgung ebenen, fehlen weitgehend. Diese Lücke könnte die Verwirklichung ambitionierter Klimaziele im Rahmen der Energiepolitik der kommenden Bundesregierung erschweren.

Taugen die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 zum Aufbruch ins Erneuerbare Energiesystem? Unterm Strich bietet sich ein Bild, das zeigt, dass die Klima- und Energiepolitik überall hohe Priorität hat und mit ambitionierten Zielen einhergeht. Die konsequente Transformation hin zum Erneuerbaren Energiesystem wird allerdings nicht einfach. Das liegt auch daran, weil in wichtigen Punkten kein parteiübergreifender Konsens herrscht und viele der nötigen Weichenstellungen nur vage beschrieben werden. Es wird aber auch deutlich, dass eine **neue Energiepolitik nach der Bundestagswahl möglich** ist.

ANALYSE DER WAHLPROGRAMME ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021 IN HINBLICK AUF KONKRETE VORSCHLÄGE ZUR GESTALTUNG DES ERNEUERBAREN ENERGIESYSTEMS

ESW ENERGIE SYSTEM WENDE

Weichenstellung in den Wahl-programmen*	GESAMTBEWERTUNG	1. Vision Erneuerbares Energiesystem	2. Handlungsfähige Institutionen	3. Akzeptanz im energiepolitischen Zielviereck	4. Prozessuale Teilhabe	5. Verkehrswende zur Mobilitätswende	6. Gewinnbringende Sektorenintegration	7. Flexibler Strommarkt	8. Vierte Säule: Speicher	9. Mehr Bürger*innenenergie	10. Klare Ausstiegsszenarien	11. Ambitionierte Ausbauziele
CDU/CSU	?	CDU/CSU haben bis Anfang Juni noch keinen Programmentwurf vorgelegt.										
SPD	🟡⚫🟡	🟡	⚫	🟡	🟡	🟡	🟡	⚫	🟡	🟡	🟡	🟡
AfD	⛔	Die AfD spricht sich dezidiert gegen Klimaschutz und ein Erneuerbares Energiesystem aus, sodass eine gesonderte Betrachtung der vorgeschlagenen Weichenstellungen in dieser Übersicht hinfällig ist.										
FDP	🔴⚫🟡	🔴	⚫	🟡	🟡	🔴	🟡	🟡	🟢	⚫	🔴	🔴
LINKE (Entwurf)	🟡⚫🟢	🟡	⚫	🟢	🟢	🟢	🟡	🟡	🟡	🟢	🟢	🟡
GRÜNE (Entwurf)	⚫🟢🟢	🟢	🟢	🟡	🟢	🟢	🟢	🟡	🟡	🟢	🟢	🟢

* Für eine ausführliche Begründung und Erläuterung der Weichenstellungen siehe:
https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/images/impulspapier/RLS_Impulspapier_Weichenstellungen_Ern_Energiesystem_Nov_2020.pdf

© RLS 2021